



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

14. Dezember 2018

# Wochenbericht KW 50

forsa | Emnid | GMS | FG Wahlen | infratest dimap

Wähleranteile:	Union zwischen 32 % und 30 %, SPD bei 15 % bzw. 14 % Grüne bei 20 % bzw. 19 %, AfD zwischen 15 % und 13 %
Politische Aufgaben:	Bildungspolitik am wichtigsten Politischer Handlungsbedarf wird vor allem für Steuergerechtigkeit, in der Pflege und in der Altersversorgung gesehen
Wirtschaft:	Derzeitige Wirtschaftserwartungen deutlich verschlechtert
Eigene finanzielle Lage:	Die meisten Bundesbürger erwarten keine Veränderungen
Flüchtlinge:	Mehrheitlich keine Sorgen über die hohen Flüchtlingszahlen in Deutschland; allerdings sehen die Bürger weiterhin eher keine Fortschritte bei der Bewältigung der Situation
Wichtigstes Thema:	Nachfolgediskussion um CDU-Vorsitz, Wahl AKKs zur neuen Vorsitzenden

Steffen Seibert

## Wähleranteile

Angaben in Prozent

	<b>forsa<sup>1</sup></b> für RTL/n-tv	<b>Emnid<sup>2</sup></b> für BamS	<b>GMS<sup>3</sup></b>	<b>FG Wahlen<sup>4</sup></b> für ZDF	<b>infratest dimap</b> für ARD
CDU/CSU	32 (+3)	30 (+1)	30 (+3)	30 (+3)	31 (+1)
SPD	14 (-)	15 (-)	14 (-1)	15 (+1)	15 (+1)
FDP	8 (-)	8 (-1)	9 (-1)	7 (-1)	8 (-)
DIE LINKE	8 (-)	8 (-1)	9 (-1)	9 (-)	8 (-)
B'90/Grüne	19 (-3)	20 (+1)	19 (+3)	19 (-3)	20 (-)
AfD	13 (-)	14 (-)	15 (-3)	15 (-1)	13 (-1)
Sonstige	6 (-)	5 (-)	4 (-)	5 (+1)	5 (-1)
Erhebungszeitraum	07.-09.12.	06.-12.12.	06.-12.12.	11.-13.12.	11.-12.12.

Die Union liegt bei forsa 18 (+3), bei GMS 16 (+4), bei infratest dimap 16 (-), bei Emnid 15 (+1) und bei FG Wahlen 15 (+2) Prozentpunkte vor der SPD.

<sup>1</sup> Die Vergleichszahlen beziehen sich auf die Ergebnisse der Sonntagsfrage, die vom 03. bis 06.12.2018 erhoben wurde.

<sup>2</sup> Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (16.12.2018)

<sup>3</sup> im Vergleich zur KW 41

<sup>4</sup> im Vergleich zur KW 47

## Wichtigkeit politischer Aufgaben im Dezember 2018

Ergebnis für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im November 2018

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	75 (+3)	23 (-4)	2 (+1)	1 (+1)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	70 (+6)	25 (-7)	3 (-)	2 (+1)
Bedingungen der Pflege verbessern	69 (-)	27 (-1)	3 (+1)	1 (-)
Altersversorgung langfristig sichern	69 (+3)	27 (-5)	3 (+1)	1 (+1)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	61 (-1)	35 (+3)	3 (-)	1 (-2)
Steuerlast gerecht verteilen	58 (+5)	36 (-5)	4 (-1)	1 (-)
innere Sicherheit gewährleisten	55 (+2)	37 (-3)	7 (+2)	1 (-1)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	51 (+1)	41 (-2)	6 (+1)	1 (-1)
Gesundheitswesen modernisieren	46 (-6)	43 (+6)	9 (+1)	1 (-1)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	43 (+2)	37 (-6)	16 (+4)	3 (-2)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	41 (+1)	44 (-3)	12 (-)	3 (+2)
für bezahlbare Strompreise sorgen	39 (+3)	48 (+2)	11 (-5)	2 (-1)
Zuwanderung von Ausländern regeln	38 (-6)	44 (+5)	11 (-2)	4 (-)
Energiewende zügig vorantreiben	38 (+3)	42 (-)	15 (-)	3 (-3)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	36 (-2)	46 (+2)	11 (+1)	7 (-1)
neue Technologien fördern	35 (-1)	47 (+1)	13 (-1)	3 (-1)
deutsche Interessen in der EU vertreten	32 (-1)	50 (-3)	13 (+3)	3 (-)
Verbraucherschutz stärken	30 (+3)	56 (-)	12 (-3)	2 (-)
Staatsschulden begrenzen	26 (-3)	50 (+2)	20 (+2)	3 (-)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	22 (+1)	57 (+1)	16 (-3)	4 (+1)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	19 (-5)	58 (+3)	20 (+3)	3 (-1)
Erhebungszeitraum	05.-11.12.2018			

Die Bildungspolitik ist für die Bundesbürger nach wie vor die wichtigste politische Aufgabe und wird überdurchschnittlich häufig von unter 40-Jährigen (84 %) und Personen mit mittlerer formaler Bildung (80 %) sowie von Anhängern der Linkspartei (83 %) und der Grünen (80 %) als sehr wichtig angesehen. Frauen nennen diese Aufgabe häufiger als Männer (80 % zu 69 %).

Der "Umwelt- und Klimaschutz" wird von unter 30-Jährigen (77 %) und über 60-Jährigen (76 %) sowie von Anhängern der Grünen (92 %) und der Linkspartei (77 %) überdurchschnittlich häufig als prioritär angesehen. Frauen nennen diese Aufgabe häufiger als Männer (77 % zu 63 %).

## ● Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen im Dezember 2018

Emnid für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im November 2018

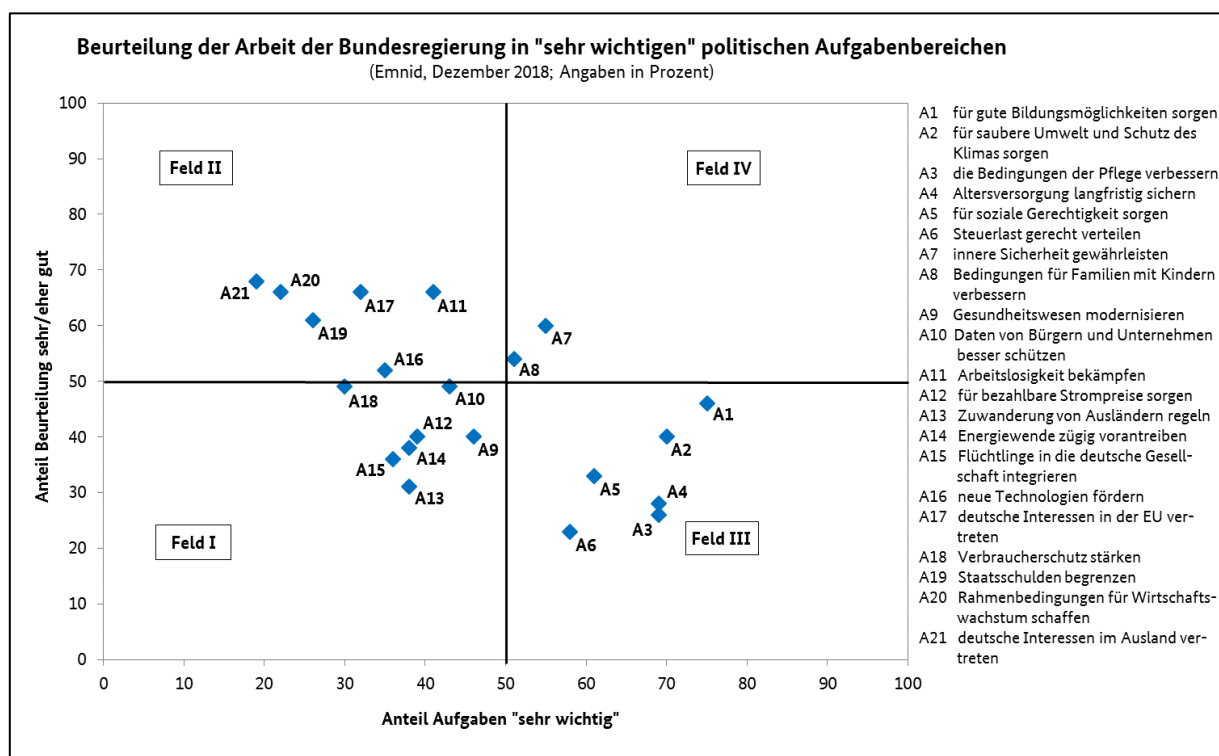
politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
deutsche Interessen im Ausland vertreten	68 (+4)	25 (-3)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	66 (+1)	25 (-)
deutsche Interessen in der EU vertreten	66 (-)	26 (+1)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	66 (+3)	31 (-3)
Staatsschulden begrenzen	61 (+7)	31 (-3)
innere Sicherheit gewährleisten	60 (+4)	36 (-6)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	54 (+4)	42 (-2)
neue Technologien fördern	52 (-3)	39 (+4)
Verbraucherschutz stärken	49 (-3)	41 (-)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	49 (-6)	42 (+4)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	46 (-)	49 (-1)
für bezahlbare Strompreise sorgen	40 (-)	50 (-1)
Gesundheitswesen modernisieren	40 (+4)	55 (-4)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	40 (-5)	58 (+4)
Energiewende zügig vorantreiben	38 (-4)	54 (-1)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	36 (+6)	60 (-7)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	33 (-2)	64 (+2)
Zuwanderung von Ausländern regeln	31 (+2)	65 (-3)
Altersversorgung langfristig sichern	28 (-4)	69 (+4)
Bedingungen der Pflege verbessern	26 (-6)	71 (+6)
Steuerlast gerecht verteilen	23 (-2)	72 (+1)
Erhebungszeitraum	05.-11.12.2018	

Lediglich in 8 von 21 Politikfeldern bewertet mindestens die Hälfte der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut.

Im Vergleich zum Vormonat gibt es in einigen Politikfeldern teils deutliche Veränderungen. In den Politikfeldern "Staatsschulden begrenzen" und "Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren" bewertet ein um 7 bzw. 6 Prozentpunkte höherer Anteil der Bevölkerung die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. In den Politikfeldern "Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen" und "Bedingungen der Pflege verbessern" verringert sich dagegen der Anteil der Bevölkerung, der die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut einstuft, um 6 Prozentpunkte.

## ● Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in "sehr wichtigen" politischen Aufgabenbereichen

Setzt man die sehr bzw. eher gute Beurteilung der Regierungsarbeit in einzelnen politischen Aufgabenbereichen ins Verhältnis zur Einschätzung dieser Aufgaben als „sehr wichtig“, so erhält man eine **Vier-Felder-Tafel**, aus der sich Stärken und Schwächen der Regierungsarbeit aus Sicht der Bundesbürger entnehmen lassen.



Im **Feld I** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, mit denen die Bundesbürger zwar bezogen auf die Regierungsarbeit nicht zufrieden sind, die jedoch auch nur von weniger als der Hälfte der Deutschen als „sehr wichtig“ betrachtet werden. In diesem Feld liegen die meisten politischen Aufgabenbereiche.

Im **Feld II** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, in denen die Bundesbürger der Regierungspolitik zwar mehrheitlich eine gute Beurteilung aussprechen, die aber nur von weniger als der Hälfte der Deutschen als „sehr wichtig“ eingestuft werden.

Im **Feld III** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, die von den Bundesbürgern mehrheitlich als „sehr wichtig“ betrachtet werden, in denen aber nur weniger als die Hälfte der Deutschen die Regierungsarbeit positiv beurteilt. Handlungsbedarf sehen die Bundesbürger somit vor allem bei der gerechten Verteilung der Steuerlast (A6), im Aufgabenbereich „die Bedingungen der Pflege verbessern“ (A3), der langfristigen Sicherung der Altersversorgung (A4), im Aufgabenbereich „für soziale Gerechtigkeit sorgen“ (A5), beim Umwelt- und Klimaschutz (A2) und in der Bildungspolitik (A1).

Im **Feld IV** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, bei denen eine hohe Übereinstimmung zwischen der Einschätzung der Wichtigkeit und der Beurteilung der Regierungspolitik festzustellen ist. In diesem Monat sind hier lediglich die Aufgabenbereiche „innere Sicherheit gewährleisten“ (A7) und „Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern“ (A8) vertreten.

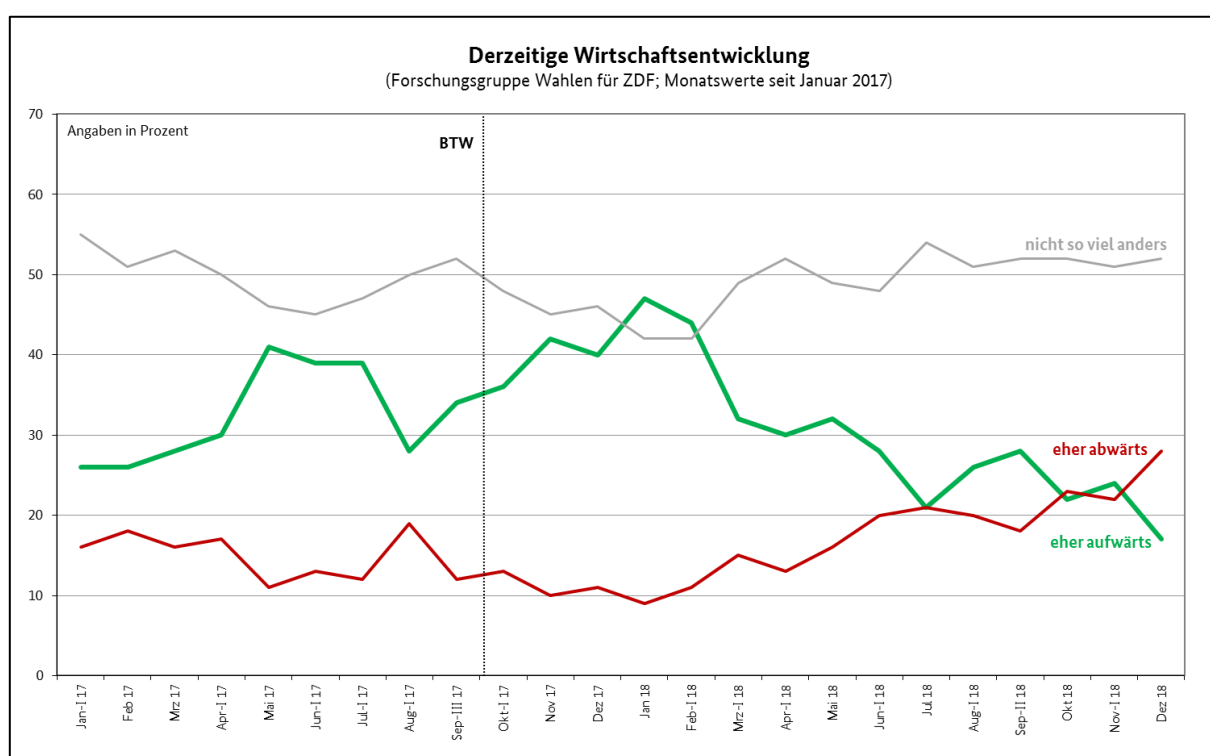
## Derzeitige wirtschaftliche Entwicklung

Angaben in Prozent

	FG Wahlen für ZDF	
eher aufwärts	17	(-7)
eher abwärts	28	(+6)
nicht so viel anders	52	(+1)
Erhebungszeitraum	11.-13.12.	

Die Einschätzung der derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung hat sich im Vergleich zur KW 45 deutlich verschlechtert.

Anhänger der AfD (46 %) und der FDP (44 %) sehen überdurchschnittlich häufig einen Abwärtstrend.



## ● Bewertung der eigenen gegenwärtigen finanziellen Lage

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 47

	<b>forsa</b> für BPA	
besser als vor einem Jahr	19	(+3)
schlechter als vor einem Jahr	16	(+1)
genauso wie vor einem Jahr	64	(-4)
Erhebungszeitraum	03.-07.12.	

Unter 30-Jährige nehmen deutlich häufiger eine Verbesserung ihrer gegenwärtigen finanziellen Lage wahr als über 60-Jährige (40 % zu 8 %). Auch Gutverdiener (27 %) sehen überdurchschnittlich oft Verbesserungen.

Personen mit einfacher formaler Bildung (26 %), 30- bis 44-Jährige und Gering- bzw. Mittelverdiener (jew. 23 %) nehmen überdurchschnittlich oft eine Verschlechterung ihrer gegenwärtigen finanziellen Lage wahr.

## ● Bewertung der eigenen zukünftigen finanziellen Lage

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 47

	<b>forsa</b> für BPA	
in einem Jahr besser	20	(-1)
in einem Jahr schlechter	13	(-)
ungefähr so wie jetzt	65	(-1)
Erhebungszeitraum	03.-07.12.	

Unter 30-Jährige erwarten deutlich häufiger eine Verbesserung ihrer finanziellen Lage als über 60-Jährige (40 % zu 7 %).

## ● Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 47

	forsa für BPA	
zurzeit günstig	44	(-3)
zurzeit eher ungünstig	46	(+2)
Erhebungszeitraum	03.-07.12.	

30- bis 44-Jährige (50 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass zurzeit ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre. Personen mit hoher formaler Bildung glauben dies häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (51 % zu 24 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (60 % zu 22 %).

## ● Einschätzung: Wie sehen die meisten Bürger ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 47

	forsa für BPA	
eher optimistisch	46	(-)
eher pessimistisch	30	(-)
Erhebungszeitraum	03.-07.12.	

Gutverdiener (55 %), unter 30-Jährige (53 %) und Männer (52 %) glauben überdurchschnittlich oft, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen.

Personen mit einfacher formaler Bildung (39 %) und Mittelverdiener (36 %) glauben überdurchschnittlich häufig, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher pessimistisch einschätzen.



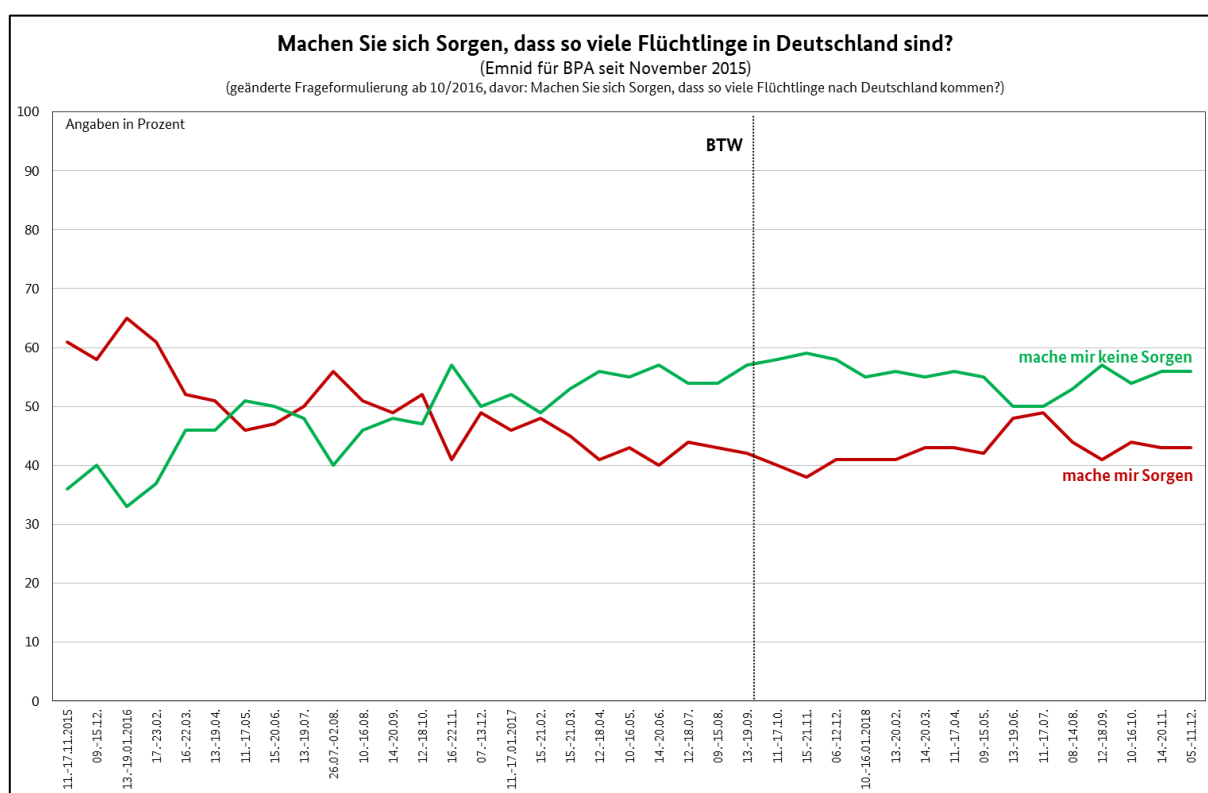
## Machen Sie sich Sorgen darüber, dass so viele Flüchtlinge in Deutschland sind?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 47

	<b>Emnid</b> für BPA	
mache mir Sorgen	43	(-)
mache mir keine Sorgen	56	(-)
Erhebungszeitraum	05.-11.12.	

Ostdeutsche (53 %), 40- bis 49-Jährige (51 %) sowie Anhänger der AfD (86 %) machen sich überdurchschnittlich oft Sorgen, dass so viele Flüchtlinge in Deutschland sind. Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung sind häufiger besorgt als Personen mit hoher formaler Bildung (51 % zu 30 %).

Unter 40-Jährige (64 %) sowie Anhänger der Linkspartei (92 %), der Grünen (79 %) und der SPD (69 %) machen sich überdurchschnittlich oft keine Sorgen.



## ● Hat die Aufnahme von Flüchtlingen kurzfristig bzw. langfristig für Deutschland ...?

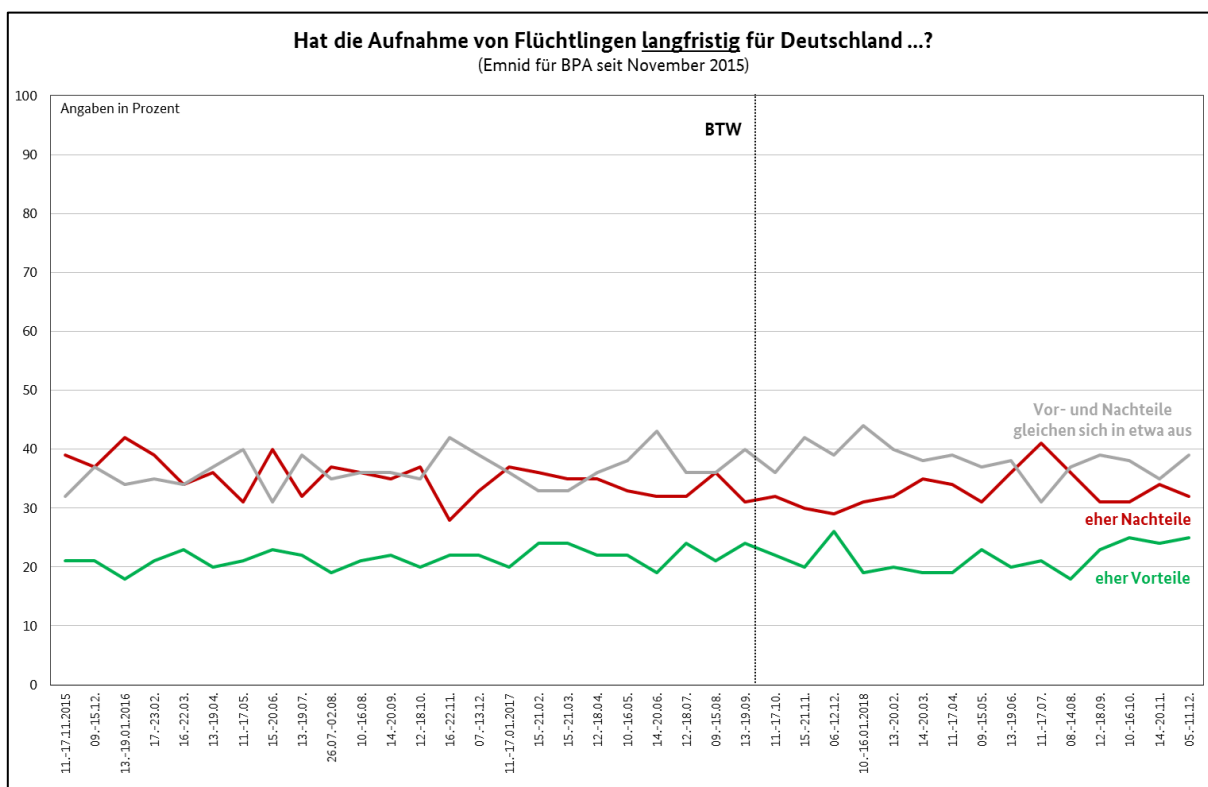
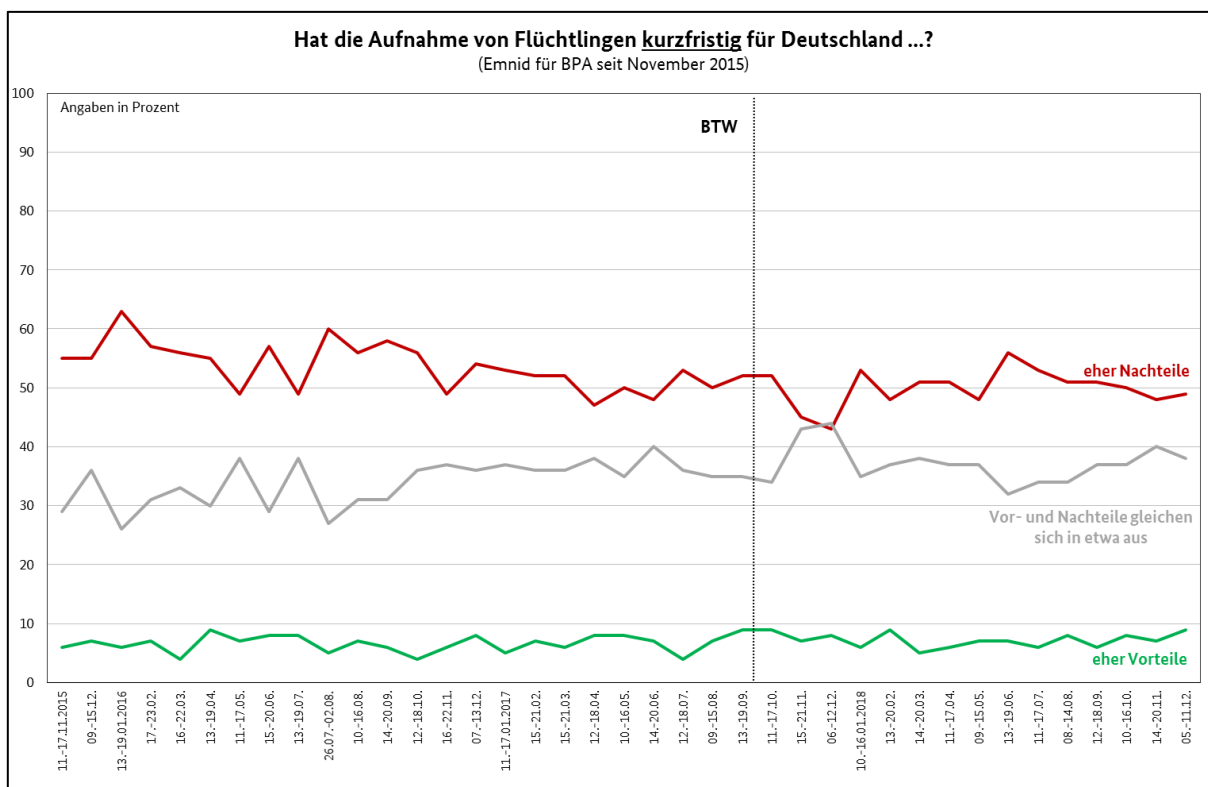
Emnid für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 47

	kurzfristig		langfristig	
eher Vorteile	9	(+2)	25	(+1)
eher Nachteile	49	(+1)	32	(-2)
Vor- und Nachteile gleichen sich in etwa aus	38	(-2)	39	(+4)
Erhebungszeitraum	05.-11.12			

Kurzfristig sehen Schüler (32 %) und unter 30-Jährige (18 %) sowie Anhänger der Linkspartei (28 %) überdurchschnittlich häufig eher Vorteile in der Aufnahme von Flüchtlingen. Ostdeutsche (63 %), 50- bis 59-Jährige (60 %), Personen mit mittlerer formaler Bildung (55 %) und Männer (54 %) sowie Anhänger der AfD (85 %) sehen dagegen kurzfristig überdurchschnittlich oft eher Nachteile.

Auch langfristig sehen besonders häufig Anhänger der AfD (80 %), Ostdeutsche (40 %) und Personen mit mittlerer formaler Bildung (38 %) sowie 40- bis 59-Jährige (45 %) eher Nachteile. Hingegen sehen Personen mit hoher formaler Bildung (38 %) und unter 30-Jährige (36 %) sowie Anhänger der Linkspartei (64 %), der Grünen (40 %) und der FDP (33 %) langfristig überdurchschnittlich oft eher Vorteile.

Dass sich Vor- und Nachteile eher ausgleichen, meinen Anhänger der Union (kurzfristig: 46 %, langfristig: 52 %), der SPD (kurzfristig: 43 %, langfristig: 44 %) und der Grünen (kurzfristig: 53 %, langfristig: 47 %) überdurchschnittlich häufig.



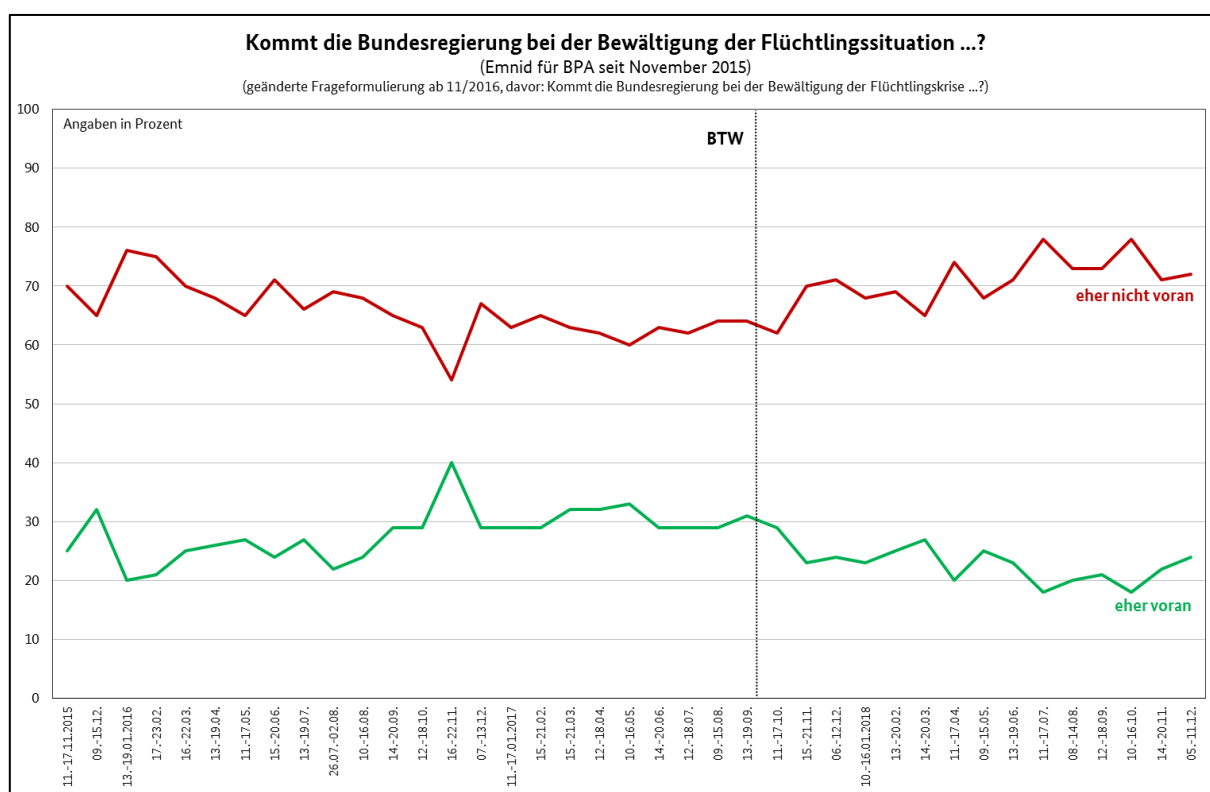
## Kommt die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation ...?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 47

	<b>Emnid</b> für BPA	
eher voran	24	(+2)
eher nicht voran	72	(+1)
Erhebungszeitraum	05.-11.12	

Unter 30-Jährige (31 %) sowie Anhänger der Linkspartei (38 %), der Union, der SPD (jew. 32 %) und der Grünen (30 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation eher vorankommt.

Hingegen meinen insbesondere 40- bis 49-Jährige (78 %) sowie Anhänger der FDP (90 %) und der AfD (87 %), dass die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation eher nicht vorankommt.



## Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Nachfolgediskussion um CDU-Vorsitz, Wahl AKKs zur neuen Vorsitzenden	32 (+19)
Debatte um EU-Austritt Großbritanniens/Referendum	17 (+16)
Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik/Abschiebungen	10 (-5)
Krawalle, Unruhen in Frankreich/"Gelbwesten"-Proteste	9 (+4)
Terror in Frankreich: Anschlag auf Straßburger Weihnachtsmarkt	5 (neu)
Erhebungszeitraum	11.-12.12.

Die Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche am meisten mit dem Thema "Nachfolgediskussion um CDU-Vorsitz, Wahl AKKs zur neuen Vorsitzenden". Überdurchschnittlich häufig sehen über 65-Jährige (38 %) sowie Anhänger der Union (43 %) und der SPD (38 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche an. Gutverdiener nennen es häufiger als Geringverdiener (37 % zu 21 %). Personen mit einfacher formaler Bildung (25 %) und Ostdeutsche (26 %) sowie Anhänger der AfD (16 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft damit.

50- bis 64-Jährige (22 %) sowie Anhänger der SPD (30 %), der Grünen (26 %) und der FDP (22 %) erwähnen die Debatte um den EU-Austritt Großbritanniens besonders häufig. Personen mit hoher formaler Bildung nennen das Thema häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (23 % zu 9 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (25 % zu 9 %). Unter 30-Jährige (12 %) und Anhänger der AfD (10 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft damit.

